

Übersetzung des
Gesetzes 5/2020 vom 15. Oktober 2020 über die Finanztransaktionssteuer
[Ley del Impuesto sobre las Transacciones Financieras]
veröffentlicht im Staatsanzeiger *[Boletín Oficial del Estado]* am 16.10.2020.

von: **Ilka Wieland**

Allgemein vereidigte Dolmetscherin und
ermächtigte Übersetzerin der spanischen Sprache,
Traductora-Intérprete Jurada de Alemán N.º 3510

Urheberrechtsbelehrung

Die Übersetzung ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verlinkung, Vervielfältigung, Verbreitung, Versendung und Wieder- bzw. Weitergabe der Inhalte ist ohne schriftliche Genehmigung der Übersetzerin nicht gestattet.



I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

STAATSOBERHAUPT

12356 Gesetz 5/2020 vom 15. Oktober 2020 über die Finanztransaktionssteuer

FELIPE VI

KÖNIG VON SPANIEN

An alle, die es sehen und verstehen werden.

Das Zentralparlament hat das folgende Gesetz verabschiedet, das ich hiermit billige:

PRÄAMBEL

Seit 2013 gehört Spanien zusammen mit Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, der Slowakei, Slowenien, Griechenland, Italien und Portugal zur Gruppe der Länder der Europäischen Union für eine Verstärkte Zusammenarbeit zur Verabschiedung einer Richtlinie zur harmonisierten Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen.

In diesen Jahren war es trotz der Fortschritte bei der Ausgestaltung der Steuer nicht möglich, eine Einigung zu erzielen, die zur Annahme der Richtlinie geführt hätte. Unter Berücksichtigung der seither verstrichenen Zeit und ohne das Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit im Hinblick auf die Umsetzung einer harmonisierten Steuer aufzugeben, wird es als zweckmäßig erachtet, die Finanztransaktionssteuer auf nationaler Ebene einzuführen, um einen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu leisten und den Grundsatz der Steuergerechtigkeit zu stärken, da die Transaktionen, die heute allgemein besteuert werden, tatsächlich keiner Steuerpflicht im Bereich der indirekten Besteuerung unterliegen.

Die Ausgestaltung der Steuer folgt der Linie, die von unseren Nachbarländern übernommen wurde, zu nennen sind Frankreich und Italien, und trägt somit zu einer besseren Koordination dieser Steuern auf europäischer Ebene bei.

Der Steuertatbestand ist durch den entgeltlichen Erwerb von Aktien spanischer Gesellschaften begründet, unabhängig vom Sitz der an der Transaktion beteiligten Personen oder Unternehmen.

Als Besteuerungsgrundsatz wird daher das sogenannte Ausgabeprinzip festgelegt, weil davon ausgegangen wird, dass somit das Risiko einer Verlagerung der Finanzintermediäre im Vergleich zum Ansässigkeitsprinzip minimiert wird, da Aktien spanischer Unternehmen unabhängig vom Sitz oder Ansässigkeitsort der Finanzintermediäre oder dem Ort, an dem die Aktien gehandelt werden, der Besteuerung unterliegen.

Ebenso werden Hinterlegungsscheine [*certificados de depósito*] besteuert, die die zuvor erwähnten Aktien vertreten.

Die Steuer wird jedoch nicht für jeden Erwerb von Aktien spanischer Gesellschaften angewendet, sondern beschränkt sich auf die Aktien derjenigen Gesellschaften, deren Aktien zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, unabhängig davon, ob das Geschäft an einem Handelsplatz durchgeführt wird oder nicht, und deren Börsenkapitalisierung über 1 Milliarde Euro liegt. Mit dieser Schwelle soll die Marktliquidität so wenig wie möglich von der Steuer beeinträchtigt werden und gleichzeitig ein sehr hoher Prozentsatz der möglichen Steuereinnahmen gewährleistet werden.

Von der Besteuerung ausgenommen sind bestimmte Primärmarktgeschäfte, notwendige Transaktionen für das ordnungsgemäße Funktionieren der Märkte, Transaktionen, die sich aus Unternehmensumstrukturierungen oder aus Abwicklungsmaßnahmen ergeben, Transaktionen zwischen Unternehmen derselben Gruppe und zeitlich befristete Abtretungen.

Das Entstehen des Steueranspruchs wird zu dem Zeitpunkt festgelegt, zu dem die Wertpapiere, die Gegenstand des entgeltlichen Erwerbs sind, der den Steuertatbestand darstellt, zugunsten des Steuerpflichtigen eingetragen werden, unabhängig davon, ob diese Eintragung auf einem Wertpapierkonto oder in den Büchern des Finanzinstituts, das die Hinterlegungs- oder Verwahrungsdienstleistung erbringt, oder in den Registern eines Zentralverwahrers oder in den Registern seiner teilnehmenden Institute vorgenommen wird.

Die Steuerbemessungsgrundlage ist der Betrag der Gegenleistung, ohne die mit der Transaktion verbundenen Kosten. Jedoch werden bestimmte Sonderregeln in den Fällen festgelegt, in denen der Erwerb der Wertpapiere aus der Ausführung oder Abrechnung von wandelbaren oder austauschbaren Schuldverschreibungen oder Anleihen, von derivativen Finanzinstrumenten oder von anderen Finanzinstrumenten oder -verträgen stammt, sowie in dem Fall, dass der Erwerb und die Übertragung am selben Tag durchgeführt werden.

Steuerträger ist der Erwerber der Wertpapiere. Steuerschuldner im Allgemeinen ist der Finanzintermediär, der den Auftrag zum Erwerb übermittelt oder ausführt, gleich ob er auf eigene Rechnung handelt, in diesem Fall ist der Steuerschuldner der Steuerträger, oder im Namen Dritter, in diesem Fall ist er Vertreter des Steuerträgers.

Was schließlich die Steuererklärung und Steuerzahlung betrifft, so sieht das Gesetz die Ausführung im Verordnungsweg für das Verfahren und die Voraussetzungen vor, in denen ein auf spanischem Staatsgebiet niedergelassener Zentralverwahrer die Steuererklärung und Zahlung der Steuerschuld im Namen und für Rechnung des Steuerschuldners vornimmt. Dies ermöglicht ein hohes Maß an Automatisierung bei der Durchführung der Besteuerung.

Für die Fälle, in denen das vorstehende Verfahren nicht anwendbar ist, wird allgemein das System der Selbstveranlagung durch den Steuerschuldner festgelegt.

Zu diesem Zweck und um die Wirksamkeit der Steuer sicherzustellen, unabhängig vom Ort, an dem die steuerpflichtigen Transaktionen getätigt werden, wird die spanische Finanzverwaltung alle gesetzlichen Instrumente zur Informationsgewinnung einsetzen, die in den Vorschriften vorgesehen sind; insbesondere diejenigen, die in internationalen Verträgen und Abkommen sowie in dem gemeinschaftlichen Besitzstand vorgesehen sind und z.B. in der Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG geregelt sind.

Schließlich ist hervorzuheben, dass dieser Regelungstext im Einklang mit den vorstehenden Ausführungen den Grundsätzen der Notwendigkeit, Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit, Rechtssicherheit, Transparenz und Effizienz entspricht, die in Artikel 129 des Gesetzes 39/2015 vom 1. Oktober 2015 über das gemeinsame Verwaltungsverfahren der öffentlichen Verwaltungen vorgesehen sind.

Artikel 1. *Art und Anwendungsbereich*

1. Die Finanztransaktionssteuer ist eine indirekte Steuer, die den Erwerb von Aktien unter den in Artikel 2 dieses Gesetzes vorgesehenen Bedingungen besteuert.

2. Die Steuer wird unabhängig vom Ort des Erwerbs und unabhängig von der Ansässigkeit oder dem Niederlassungsort der an der Transaktion beteiligten Personen oder Gesellschaften erhoben, ungeachtet der geltenden Abkommen über den Finanzausgleich wegen der Steuerhoheit und des Wirtschaftsabkommens in den historischen Gebieten des Baskenlandes bzw. in dem Regionalrechtsgebiet Navarra.

Artikel 2. *Steuertatbestand*

1. Besteuert wird der entgeltliche Erwerb von Aktien, die in Artikel 92 des Gesetzes über die Kapitalgesellschaften in der konsolidierten Fassung nach dem Königlichen Gesetzgebungsdekret [*Real Decreto Legislativo*] 1/2010 vom 2. Juli 2010 definiert sind und

das Grundkapital von spanischen Gesellschaften vertreten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) dass die Aktien der Gesellschaft zum Handel auf einem spanischen Markt oder auf einem Markt in einem anderen Staat der Europäischen Union zugelassen sind, der gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente als reguliert gilt, oder auf einem Markt, der gemäß Artikel 25 Abs. 4 dieser Richtlinie als gleichwertiger Markt in einem Drittland gilt;

b) dass die Börsenkapitalisierung der Gesellschaft zum 1. Dezember des Jahres vor dem Erwerb über 1 Milliarde Euro beträgt;

Die in diesem Absatz genannten Erwerbe sind steuerpflichtig, unabhängig davon, ob sie an einem Handelsplatz im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 24 der vorgenannten Richtlinie, auf einem anderen Markt oder in einem anderen Handelssystem, durch einen systematischen Internalisierer im Sinne von Artikel 331 der Konsolidierten Fassung des Wertpapiermarktgesetzes, genehmigt durch das Königliche Gesetzgebungsdekret 4/2015 vom 23. Oktober 2015 oder durch direkte Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien durchgeführt werden.

2. Ebenfalls steuerpflichtig sind:

a) Der entgeltliche Erwerb von marktfähigen Wertpapieren in Form von Hinterlegungsscheinen, die durch die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Aktien vertreten sind, unabhängig vom Ort, an dem die Emissionsgesellschaft dieser Wertpapiere ansässig ist;

Der Erwerb von Aktien, der ausschließlich zum Zweck zur Ausgabe der Wertpapiere getätigt wird, die in dem vorstehenden Absatz aufgeführt sind, ist jedoch nicht steuerpflichtig. Ebenfalls nicht steuerpflichtig ist der Erwerb von in Buchstabe a) genannten Hinterlegungsscheinen, die im Austausch für die Lieferung der von ihnen vertretenen Aktien durch den Erwerber erfolgt, sowie Transaktionen zur Löschung dieser Hinterlegungsscheine durch Lieferung der von ihnen vertretenen Aktien an die Inhaber.

b) Der Erwerb von Wertpapieren im Sinne von Absatz 1 dieses Artikels und Buchstabe a) dieses Absatzes aufgrund der Ausführung oder Abrechnung von wandelbaren oder austauschbaren Schuldverschreibungen oder Anleihen, von derivativen Finanzmitteln sowie anderen Finanzinstrumenten oder Finanzkontrakten im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 vierter Unterabsatz der Ministerialverordnung EHA/3537/2005 vom 10. November 2005 zur Umsetzung von Artikel 27 Abs. 4 des Kapitalmarktgesetzes 24/1988 vom 28. Juli 1988.

3. Die Liste der spanischen Gesellschaften mit einer Börsenkapitalisierung zum 1. Dezember eines jeden Jahres von mehr als 1 Milliarde Euro wird vor dem 31. Dezember desselben Jahres am elektronischen Sitz der staatlichen Steuerverwaltungsbehörde (AEAT) veröffentlicht.

Artikel 3. *Steuerbefreiungen*

1. Die folgenden Aktienerwerbe sind von der Steuer befreit:

a) der Erwerb, der sich aus der Ausgabe von Aktien ergibt.

Ebenfalls steuerfrei ist der Erwerb, der sich aus der Ausgabe der in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a) dieses Gesetzes aufgeführten Hinterlegungsscheine ergibt, die mit Aktien unterlegt sind, die ausschließlich zur Schaffung solcher Wertpapiere ausgegeben wurden;

b) der Erwerb aus einem öffentlichen Angebot zum Verkauf der Aktien gemäß der Definition in Artikel 35.1 der Konsolidierten Fassung des Kapitalmarktgesetzes nach dem

Königlichen Gesetzgebungsdekret 4/2015 vom 23. Oktober bei der Erstplatzierung unter Investoren;

c) Erwerbe, die vor den in Buchstabe a) und b) genannten Erwerben stattfinden und in instrumenteller Weise von durch Emittenten und Bieter beauftragte Anleger und Versicherer getätigt werden, um die letzte Ausgabe dieser Aktien unter den Endinvestoren durchzuführen, sowie Erwerbe in Erfüllung der Verpflichtungen als Anleger und insbesondere ggfs. als Versicherer dieser Transaktionen;

d) Erwerbe im Zusammenhang mit der Börsenzulassung von Aktien durch Finanzintermediäre, die mit der Stabilisierung von Preisen im Rahmen eines Stabilisierungsauftrages gemäß der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission beauftragt sind;

e) Erwerbe, die sich aus Kauf- oder Leihgeschäften und anderen Transaktionen ergeben, die von einer zentralen Gegenpartei oder einem Zentralverwahrer von steuerpflichtigen Finanzinstrumenten in Ausübung ihrer jeweiligen Funktionen im Bereich des Clearings oder der Abrechnung und Registrierung von Wertpapieren durchgeführt werden;

Unter diesen Buchstaben sind auch die Umwandlungsgeschäfte der zentralen Gegenpartei erfasst sowie die Transaktionen, die im Rahmen eines Eindeckungsgeschäfts aufgrund gescheiterter Abwicklungen gemäß der Verordnung (EU) 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) 236/2012 durchgeführt wurden.

f) Erwerbe, die von Finanzintermediären im Namen des Emittenten der Aktien in Ausübung ihrer Funktion als Liquiditätsgeber aufgrund eines Liquiditätsvertrags getätigt werden, der den Anforderungen des Rundschreibens 1/2017 der Nationalen Wertpapiermarktkommission vom 26. April entspricht, deren einziges Ziel es ist, die Liquidität der Geschäfte und die Gesetzmäßigkeit der Notierung ihrer Aktien zu fördern im Bereich der zulässigen Marktpraxis der Nationalen Wertpapiermarktkommission gemäß der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung);

g) Erwerbe im Rahmen von Market-Making-Tätigkeiten.

Hierunter fallen die Tätigkeiten einer Wertpapierfirma, eines Kreditinstituts oder eines gleichwertigen Unternehmens in einem Drittland, das Mitglied eines Handelsplatzes oder eines Drittlandmarktes ist, dessen Rechts- und Aufsichtsrahmen von der Europäischen Kommission für gleichwertig erklärt wurde, wenn eine dieser Gesellschaften als Intermediär für eigene Rechnung im Zusammenhang mit einem Finanzinstrument handelt, unabhängig davon, ob es an einem Handelsplatz oder außerhalb gehandelt wird, und zwar auf eine der folgenden Arten:

1. durch die gleichzeitige Bekanntgabe fester Kauf- und Verkaufsnotierungen in vergleichbarer Größenordnung und unter Wettbewerbsbedingungen, wodurch dem Markt regelmäßig und dauerhaft Liquidität zugeführt wird;

2. im Rahmen ihrer normalen Tätigkeit, der Ausführung von Aufträgen, die von Kunden initiiert wurden oder als Antwort auf Kaufgesuche von Kunden;

3. durch Abdeckung der Positionen, die sich aus der Ausführung der in Nummer 1 und 2 genannten Tätigkeiten ergeben.

Diese Befreiung gilt ferner zu den gleichen Bedingungen wie in diesem Buchstaben vorgesehen, wenn sich die Erwerbe auf die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a) erster Unterabsatz dieses Gesetzes genannten Wertpapiere beziehen.

h) Der Erwerb von Aktien zwischen Unternehmen, die Teil derselben Gruppe gemäß den Bestimmungen von Artikel 42 des spanischen Handelsgesetzbuches sind;

i) Erwerbe, auf die die Sonderregelung für Fusionen, Abspaltungen, Vermögensseinlagen, Wertpapiertauschgeschäfte und Sitzverlegungen einer Europäischen

Aktiengesellschaft oder einer Europäischen Genossenschaft von einem Mitgliedstaat in einen anderen der Europäischen Union gemäß Titel VII Kapitel VII des Gesetzes 27/2014 vom 27. November 2014 über die Körperschaftsteuer anwendbar ist;

Gleiches gilt für Erwerbe, die sich aus Transaktionen durch Fusionen oder Abspaltungen von Gesellschaften für gemeinsame Anlagen oder von Teilfonds oder Unterfonds von Gesellschaften für gemeinsame Anlagen ergeben, die im Rahmen der einschlägigen Ausführungsvorschriften durchgeführt werden.

j) Wertpapierfinanzierungsgeschäfte im Sinne von Artikel 3 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 648/2012 sowie Geschäfte zur Sicherheit in Form der Vollrechtsübertragung als Folge einer Finanzsicherheit in Form der Vollrechtsübertragung im Sinne von Artikel 3 Absatz 13 der genannten Verordnung;

k) Erwerbe aufgrund der Durchführung von Abwicklungsmaßnahmen des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung oder der zuständigen nationalen Abwicklungsbehörden gemäß den Bedingungen der Verordnung (EU) 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 1093/2010 und des Gesetzes 11/2015 vom 18. Juni 2010 über die Erholung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen;

l) der Erwerb von eigenen Aktien oder Aktien der herrschenden Gesellschaft durch eine andere Gesellschaft, die gemäß Artikel 42 des spanischen Handelsgesetzbuches zu ihrer Gruppe gehört, im Rahmen eines Rückkaufprogramms, das ausschließlich einen der folgenden Zwecke verfolgt:

1. die Herabsetzung des Kapitals des Emittenten;
2. die Einhaltung der Verpflichtungen, die mit in Aktien wandelbaren Finanzinstrumenten verbunden sind;
3. die Erfüllung von Verpflichtungen, die sich aus Aktienoptionsprogrammen oder anderen Zuteilungen von Aktien an Mitarbeiter oder Mitglieder der Verwaltungs- oder Aufsichtsorgane des Emittenten oder einer Gesellschaft der Gruppe ergeben.

2. Damit der Steuerschuldner, der für Rechnung eines Dritten handelt, die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Befreiungen anwenden kann, muss der Erwerber diesem die die Anwendung begründenden Tatbestände sowie die folgenden Informationen mitteilen:

a) in Bezug auf die Befreiungen in Absatz 1, Buchstaben a), b) und c) sind die entsprechenden Emissionen oder das öffentliche Verkaufsangebot der betreffenden Aktien anzugeben;

b) in Bezug auf die in Absatz 1 Buchstabe e) genannte Befreiung die Identifizierung der Gesellschaft, die das Clearing, die Abrechnung und die Registrierung der Wertpapiere durchführt;

c) in Bezug auf die Befreiung nach Absatz 1 Buchstabe f) die Identifizierung des Unternehmens, das die Geschäfte des Liquiditätsgebers durchführt. Auch die Bekanntmachung des Liquiditätsvertrages am Markt muss vorgelegt werden;

d) in Bezug auf die Befreiung nach Absatz 1 Buchstabe h) die Identifizierung der Unternehmensgruppe;

e) in Bezug auf die Befreiung in Absatz 1 Buchstabe i) die Identifizierung der von der Unternehmensumstrukturierung betroffenen Gesellschaften oder der an der Fusion oder Spaltung beteiligten Institutionen der gemeinsamen Anlage zusammen mit der Genehmigung der Transaktion durch die jeweils zuständige Behörde;

- f) in Bezug auf die Befreiung in Absatz 1 Buchstabe j) die Identifizierung der an dem Finanzierungsgeschäft oder an dem Sicherungsgeschäft in Form der Vollrechtsübertragung beteiligten Unternehmen;
- g) in Bezug auf die Befreiung nach Absatz 1 Buchstabe k) die Identifizierung der Vereinbarung, nach der die Abwicklungsmaßnahmen ergriffen werden;
- h) in Bezug auf die Befreiung nach Absatz 1 Buchstabe l) die Identifizierung des Rückkaufprogramms, in das die Geschäfte eingebunden sind.

Zur Identifizierung der in diesem Absatz genannten Unternehmen ist es gegebenenfalls erforderlich, die Rechtsträger-Kennung [*Legal Entity Identifier (LEI)*] mitzuteilen.

Der Steuerschuldner und der Erwerber müssen die Belege über den Nachweis der Durchführung und des Inhaltes der Mitteilung für die Steuerbehörden zur Verfügung bereithalten.

Artikel 4. *Entstehen des Steueranspruchs*

Die Steuer fällt zu dem Zeitpunkt an, zu dem die Eintragung der Wertpapiere zugunsten des Erwerbers auf einem Wertpapierkonto oder -register, entweder bei einer Gesellschaft, die die Verwahrungsdienstleistung erbringt, oder im System eines Zentralverwahrers erfolgt, welche sich aus der Abrechnung der Transaktion oder des Finanzinstruments ergibt, die zum Erwerb der Wertpapiere geführt hat.

Artikel 5. *Steuerbemessungsgrundlage*

1. Die Steuerbemessungsgrundlage ist der Betrag der Gegenleistung für die steuerpflichtigen Transaktionen; nicht eingeschlossen sind weder die Transaktionskosten der Marktinfrastruktur noch Vermittlungsprovisionen noch sonstige mit der Transaktion verbundenen Kosten.

Wird der Betrag der Gegenleistung nicht angegeben, ist die Steuerbemessungsgrundlage der Wert, der dem Schlusskurs des unter Liquiditätsaspekten wichtigsten Marktes des betreffenden Wertpapiers am letzten Handelstag vor dem Tag des Geschäfts entspricht. Zu diesem Zweck wird der unter Liquiditätsaspekten wichtigste Markt bestimmt nach Artikel 4 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/587 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards mit Transparenzanforderungen für Handelsplätze und Wertpapierfirmen in Bezug auf Aktien, Aktienzertifikate, börsengehandelte Fonds, Zertifikate und andere vergleichbare Finanzinstrumente und mit Ausführungspflichten in Bezug auf bestimmte Aktiengeschäfte an einem Handelsplatz oder durch einen systematischen Internalisierer.

2) Ungeachtet des Absatzes 1 dieses Artikels gelten für die Festlegung der Steuerbemessungsgrundlage folgende Sonderregeln:

a) erfolgt der Erwerb der steuerpflichtigen Wertpapiere aus Wandel- oder Umtauschanleihen oder Schuldverschreibungen oder anderen handelbaren Wertpapieren, die zu einem solchen Erwerb führen, ist die Steuerbemessungsgrundlage der in der Urkunde über die Ausgabe dieser Wertpapiere festgelegte Wert;

b) erfolgt der Erwerb aus der Ausübung oder Abrechnung von Optionen oder anderen derivativen Finanzinstrumenten, die ein Recht auf den Erwerb oder die Übertragung der steuerpflichtigen Wertpapiere einräumen, ist die Steuerbemessungsgrundlage der im Vertrag festgelegte Ausübungspreis;

c) erfolgt der Erwerb aus einem derivativen Finanzinstrument, das ein Termingeschäft darstellt, ist die Steuerbemessungsgrundlage der vereinbarte Preis, es sei denn, dieses Derivat wird auf einem geregelten Markt gehandelt; in diesem Fall ist die Steuerbemessungsgrundlage der Übergabepreis, zu dem der Erwerb bei Fälligkeit erfolgen muss;

d) erfolgt der Erwerb aus der Abrechnung eines in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b) dieses Gesetzes genannten Finanzvertrags, wird die Steuerbemessungsgrundlage gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 dieses Artikels bestimmt.

Damit der Steuerschuldner, der für Rechnung Dritter handelt, die in diesem Absatz vorgesehenen Sonderregeln anwenden kann, muss der Erwerber diesem die die Anwendung begründenden Tatbestände sowie die entscheidenden Elemente der jeweiligen Quantifizierung der Steuerbemessungsgrundlage mitteilen.

3. Werden Erwerbe und Übertragungen desselben steuerpflichtigen Wertes von demselben Steuerschuldner in Bezug auf denselben Erwerber am selben Tag angeordnet oder ausgeführt, und darüber hinaus am selben Tag abgerechnet, so wird die Steuerbemessungsgrundlage für diese Erwerbe berechnet, indem die positive Differenz, die sich aus der Subtraktion der am selben Tag übertragenen Wertpapiere von der Anzahl der erworbenen Wertpapiere ergibt, mit dem Quotienten multipliziert wird, der sich aus der Division der Summe der Gegenleistungen für diese Erwerbe durch die Anzahl der erworbenen Wertpapiere ergibt. Für diese Berechnung werden die in Artikel 3 dieses Gesetzes vorgesehenen steuerfreien Erwerbe sowie die im Rahmen dieser Befreiungen vorgenommenen Übertragungen ausgeschlossen.

Artikel 6. *Steuerträger, Steuerschuldner und Haftender*

1. Der Steuerträger ist der Erwerber der in Artikel 2 dieses Gesetzes genannten Wertpapiere.

2. Steuerschuldner ist, unabhängig davon, wo er ansässig ist:

a) die Wertpapierfirma oder das Kreditinstitut, die bzw. das den Erwerb für eigene Rechnung durchführt;

b) wird der Erwerb nicht von einer Wertpapierfirma oder einem Kreditinstitut getätigt, die bzw. das für eigene Rechnung handelt, so sind sie als Vertreter der Steuerträgers Steuerschuldner.

1. Erfolgt der Erwerb an einem Handelsplatz, ist der Steuerschuldner das Marktmittglied, das den Erwerb durchführt. Wenn jedoch an der Übertragung des Auftrags an das Marktmittglied ein oder mehrere Finanzintermediäre auf Rechnung des Erwerbers mitwirken, ist der Steuerschuldner der Finanzintermediär, der den Auftrag direkt vom Erwerber erhält.

2. Erfolgt der Erwerb außerhalb eines Handelsplatzes im Tätigkeitsbereich eines systematischen Internalisierers, ist der Steuerschuldner der systematische Internalisierer selbst. Wenn bei dem Erwerb jedoch ein oder mehrere Finanzintermediäre auf Rechnung des Erwerbers mitwirken, ist der Steuerschuldner der Finanzintermediär, der den Auftrag direkt vom Erwerber erhält.

3. Erfolgt der Erwerb außerhalb eines Handelsplatzes und außerhalb der Tätigkeit eines systematischen Internalisierers, ist der Steuerschuldner der Finanzintermediär, der den Auftrag vom Erwerber der Wertpapiere erhält, oder die Wertpapiere an den Erwerber aufgrund der Ausführung oder Abrechnung eines Finanzinstruments oder -vertrags liefert.

4. Für den Fall, dass der Erwerb außerhalb eines Handelsplatzes und ohne die Einschaltung einer der in den vorstehenden Absätzen genannten Personen oder Gesellschaften durchgeführt wird, ist Steuerschuldner das Unternehmen, das die Verwahrungsdienstleistungen für Wertpapiere auf Rechnung des Erwerbers erbringt.

Zu diesem Zweck muss der Erwerber das Unternehmen, das die Verwahrungsdienstleistung erbringt, über die Umstände, die die Verpflichtung zur Zahlung der Steuer bestimmen, und deren Quantifizierung informieren.

3. Der Erwerber der Wertpapiere, der dem Steuerschuldner fehlerhafte oder ungenaue Angaben übermittelt hat, die maßgeblich sind für die ungerechtfertigte Anwendung der in Artikel 3 dieses Gesetzes vorgesehenen Befreiungen oder für eine niedrigere Steuerbemessungsgrundlage infolge der unrichtigen Anwendung der in Artikel 5 Absatz 2 dieses Gesetzes vorgesehenen Sonderregelungen zur Bestimmung der Steuerbemessungsgrundlage, haftet gesamtschuldnerisch für die Steuerschuld.

Die Haftung erstreckt sich auf die Steuerschuld aus der ungerechtfertigten oder unrichtigen Anwendung der Befreiungen oder der Sonderregelungen zur Bestimmung der Steuerbemessungsgrundlage.

Ferner haftet gesamtschuldnerisch der Erwerber der Wertpapiere in dem in Absatz 2 Buchstabe b) Ziffer 4 dieses Artikels genannten Fall, wenn er die in Ziffer 4 aufgeführte Mitteilung nicht, fehlerhaft oder unrichtig ausgeführt hat.

Die Haftung erstreckt sich auf die Steuerschuld, die sich aus der fehlenden Mitteilung oder aus der fehlerhaften oder ungenauen Mitteilung ergibt.

Artikel 7. *Steuersatz*

Die Steuer wird mit einem Steuersatz von 0,2 Prozent erhoben.

Artikel 8. *Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung und Steuerzahlung und Dokumentationspflichten*

1. Die Steuerschuldner müssen eine Selbstveranlagung einreichen und den Betrag der sich daraus ergebenden Steuerschuld zahlen mit dem Inhalt, an dem Ort, in der Form und Frist, die durch Verordnung festgelegt werden.

2. Gemäß den im Verordnungswege festzulegenden Bedingungen müssen die Steuerschuldner die Selbstveranlagung einreichen und die sich daraus ergebende Steuerschuld über einen auf spanischem Staatsgebiet ansässigen Zentralverwahrer bezahlen.

Zu diesem Zweck ist der Steuerschuldner verpflichtet, dem Zentralverwahrer alle für die Selbstveranlagung erforderlichen Informationen mitzuteilen und ihm den Betrag der sich hieraus ergebenden Steuerschuld entweder direkt zu zahlen oder über die teilnehmende Gesellschaft, falls der Steuerschuldner einen solchen Status nicht hat.

Der Zentralverwahrer reicht im Namen und auf Rechnung des Steuerschuldners eine Selbstveranlagung für jeden Steuerschuldner ein und zahlt den für den Abrechnungszeitraum geschuldeten Steuerbetrag mit dem Inhalt, an dem Ort, in der Form und der Fristen, die durch Verordnung festgelegt werden.

Das in diesem Absatz genannte Verfahren zur Einreichung der Selbstveranlagung und Steuerzahlung kann auf andere Zentralverwahrer ausgeweitet werden, die in anderen Staaten der Europäischen Union oder in Drittstaaten ansässig sind, welche für die Erbringung von Dienstleistungen in der Europäischen Union anerkannt werden, durch Kooperationsvereinbarungen, die mit einem auf spanischem Staatsgebiet ansässigen Zentralverwahrer unterzeichnet werden.

3. Der Abrechnungszeitraum entspricht dem Kalendermonat.
Die Steuerschuld aus dieser Steuer kann weder gestundet noch in Ratenzahlung beglichen werden.

4. Die Einreichung von Selbstveranlagungen und die Begleichung der Steuerschuld durch den Zentralverwahrer in Anwendung der Bestimmungen von Absatz 2 dieses Artikels führt nicht zu einer besonderen steuerlichen Haftung des Zentralverwahrers oder seiner teilnehmenden Gesellschaften wegen dieser Einreichung und Zahlung.

5. Der auf spanischem Staatsgebiet ansässige Zentralverwahrer, seine teilnehmenden Gesellschaften und die Steuerschuldner müssen für die Erleichterung der Kontrolle und Durchführung der Besteuerung die Unterlagen und Dateien über die steuerpflichtigen Transaktionen für die Finanzverwaltung zur Verfügung bereithalten.

Der Zentralverwahrer und seine teilnehmenden Gesellschaften dürfen die vom Steuerschuldner nach Absatz 2 dieses Artikels mitgeteilten Informationen nur dazu verwenden, der Verpflichtung zur Einreichung der Selbstveranlagung und Steuerzahlung nach diesem Absatz nachzukommen. Die genannten Informationen sind der Steuerverwaltung in den in den Steuervorschriften vorgesehenen Fällen mitzuteilen.

Mit Ausnahme des vorstehenden Absatzes sind die genannten Informationen vertraulich. Der Zentralverwahrer und seine teilnehmenden Gesellschaften unterliegen der strengsten und vollständigen Geheimhaltung bezüglich dieser Informationen.

Artikel 9. *Zu widerhandlungen und Sanktionen*

Steuervergehen, die sich aus der Nichteinhaltung dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen ergeben, werden nach dem spanischen Abgabengesetz 58/2003 vom 17.12.2003 [*Ley General Tributaria*] beurteilt und bestraft.

Einzigste Übergangsbestimmung. *Gesellschaften, deren Aktien im ersten Jahr der Anwendung der Steuer steuerpflichtig sind*

1. Für den Zeitraum vom Inkrafttreten dieses Gesetzes bis zum folgenden 31. Dezember gilt die Anforderung in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) dieses Gesetzes für spanische Gesellschaften, deren Börsenkapitalisierung einen Monat vor Inkrafttreten dieses Gesetzes über eine 1 Milliarde Euro liegt.

2. Die Liste dieser Gesellschaften wird vor Inkrafttreten dieses Gesetzes am elektronischen Sitz der staatlichen Steuer- und Zollverwaltungsbehörde veröffentlicht.

Erste Schlussbestimmung: *Zuständigkeit*

Dieses Gesetz wird unter der ausschließlichen Zuständigkeit des Staates in Angelegenheiten des allgemeinen Finanzwesens nach Artikel 149 Abs.1. Nummer 14 der spanischen Verfassung erlassen.

Zweite Schlussbestimmung: *Normative Ausführung und Umsetzung*

Die Regierung erlässt alle für die Ausführung und Anwendung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen.

Dritte Schlussbestimmung: *Änderung durch das Staatshaushaltsgesetz*

Der Steuersatz und die Steuerfreistellungen können durch das Staatshaushaltsgesetz geändert werden.

Vierte Schlussbestimmung: *Anpassung des Abkommens über den Finanzausgleich mit der Autonomen Gemeinschaft Baskenland und des Wirtschaftsabkommens mit der Foralgemeinschaft Navarra*

Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Veröffentlichung im "Staatsanzeiger" [*Boletín Oficial del Estado*] werden die Gemeinsame Kommission zum Abkommen des Finanzausgleichs mit dem Baskenland und des Wirtschaftsabkommens mit Navarra zusammentreten, um die entsprechende Anpassung des Abkommens über den Finanzausgleich mit der Autonomen Gemeinschaft des Baskenlandes, genehmigt durch das Gesetz 12/2002 vom 23. Mai 2002 gemäß den Bestimmungen seiner zweiten Zusatzbestimmung und des Wirtschaftsabkommens mit der Foralgemeinschaft Navarra, genehmigt durch das Gesetz 28/1990 vom 26. Dezember 1990 gemäß den Bestimmungen seines Artikels 6 zu vereinbaren.

Fünfte Schlussbestimmung: *Inkrafttreten*

Dieses Gesetz tritt drei Monate nach seiner Veröffentlichung im „Staatsanzeiger“ in Kraft.

Ich gebiete allen Spaniern, Privatpersonen und Behörden, dieses Gesetz einzuhalten und durchzusetzen.

Madrid, 15. Oktober 2020

FELIPE R.

Der Präsident der Regierung,
PEDRO SÁNCHEZ PÉREZ-CASTEJÓN

I. DISPOSICIONES GENERALES

JEFATURA DEL ESTADO

12356 *Ley 5/2020, de 15 de octubre, del Impuesto sobre las Transacciones Financieras.*

FELIPE VI

REY DE ESPAÑA

A todos los que la presente vieren y entendieren.

Sabed: Que las Cortes Generales han aprobado y Yo vengo en sancionar la siguiente ley:

PREÁMBULO

Desde el año 2013 España forma parte del grupo de países de la Unión Europea en el procedimiento de cooperación reforzada para la adopción de una Directiva sobre la implantación armonizada de un Impuesto sobre Transacciones Financieras, conjuntamente con Alemania, Francia, Austria, Bélgica, Eslovaquia, Eslovenia, Grecia, Italia y Portugal.

Durante estos años, a pesar de los avances en la configuración del impuesto, no ha sido posible alcanzar un acuerdo que dé lugar a la aprobación de la Directiva. Teniendo en cuenta el tiempo transcurrido desde entonces, y sin abandonar el procedimiento de cooperación reforzada de cara al establecimiento de un impuesto armonizado, se considera oportuno establecer a nivel nacional el Impuesto sobre las Transacciones Financieras, con la finalidad de contribuir al objetivo de consolidación de las finanzas públicas, y reforzar el principio de equidad del sistema tributario, habida cuenta que las operaciones que ahora se someten a tributación con carácter general no se encuentran sujetas efectivamente a impuesto alguno en el ámbito de la imposición indirecta.

La configuración del impuesto sigue la línea adoptada por países de nuestro entorno, entre los que cabe citar a Francia e Italia, contribuyendo de esta forma a una mayor coordinación de estos gravámenes en el ámbito europeo.

Así, el hecho imponible del impuesto está constituido por la adquisición onerosa de acciones de sociedades españolas, con independencia de la residencia de las personas o entidades que intervengan en la operación.

Por tanto, se establece como principio de imposición el denominado principio de emisión, por considerarse que de esta manera se minimiza el riesgo de deslocalización de los intermediarios financieros en comparación con el principio de residencia, habida cuenta de que se someten a tributación acciones de sociedades españolas, cualquiera que sea la residencia o el lugar de establecimiento del intermediario financiero o el lugar en que se negocien.

Asimismo se someten a gravamen los certificados de depósito representativos de las acciones anteriormente citadas.

Ahora bien, el impuesto no se aplica a toda adquisición de acciones de sociedades españolas, sino que se limita a las acciones de aquellas sociedades que tengan acciones admitidas a negociación en un mercado regulado, con independencia de que la transacción se ejecute o no en un centro de negociación, y que además tengan un valor de capitalización bursátil superior a 1.000 millones de euros. Con este umbral se pretende que el impuesto afecte lo menos posible a la liquidez del mercado, al tiempo que se garantiza un porcentaje muy elevado de la recaudación potencial del impuesto.

Se declaran exentas determinadas operaciones propias del mercado primario, las necesarias para el correcto funcionamiento de los mercados, las que vengan originadas por operaciones de reestructuración empresarial o por medidas de resolución, las que se realicen entre sociedades del mismo grupo y las cesiones de carácter temporal.

Se establece el devengo del impuesto en el momento en que se lleve a cabo la anotación a favor del contribuyente de los valores objeto de la adquisición onerosa que constituye el hecho imponible, ya se efectúe dicha anotación en una cuenta de valores o en los libros en una entidad financiera que preste el servicio de depósito o custodia, o en los registros de un depositario central de valores o en los que lleven sus entidades participantes.

La base imponible es el importe de la contraprestación, sin incluir los gastos asociados a la transacción. No obstante, se establecen determinadas reglas especiales en aquellos supuestos en los que la adquisición de los valores deriva de la ejecución o liquidación de obligaciones o bonos convertibles o canjeables, de instrumentos financieros derivados, o de cualquier instrumento o contrato financiero, así como en el caso de adquisiciones y transmisiones realizadas en el mismo día.

Es contribuyente del impuesto el adquirente de los valores. Es sujeto pasivo, con carácter general, el intermediario financiero que transmita o ejecute la orden de adquisición, ya actúe por cuenta propia, en cuyo caso será sujeto pasivo a título de contribuyente, o por cuenta de terceros, en cuyo caso tendrá la condición de sustituto del contribuyente.

Por último, en relación con la declaración e ingreso del impuesto, la Ley prevé el desarrollo reglamentario del procedimiento y de los supuestos en los que un depositario central de valores establecido en territorio español sea quien, en nombre y por cuenta del sujeto pasivo, efectúe la declaración y el ingreso de la deuda tributaria. De esta forma se permite lograr un alto grado de automatización en su gestión.

Para los supuestos en que no resulte aplicable el procedimiento anterior se establece con carácter general el sistema de autoliquidación por el sujeto pasivo.

A estos efectos, y con la finalidad de garantizar la efectividad del impuesto con independencia del lugar donde se realicen las operaciones gravadas, la Administración tributaria española utilizará todos los instrumentos legales de obtención de información previstos por la normativa. En particular, los previstos en los tratados y convenios internacionales así como en el acervo comunitario, tales como los regulados en la Directiva 2011/16/UE del Consejo, de 15 de febrero de 2011, relativa a la cooperación administrativa en el ámbito de la fiscalidad y por la que se deroga la Directiva 77/799/CEE.

Finalmente debe subrayarse que conforme a lo hasta ahora expuesto, el presente texto normativo se adecúa a los principios de necesidad, eficacia, proporcionalidad, seguridad jurídica, transparencia, y eficiencia previstos en el artículo 129 de la Ley 39/2015, de 1 de octubre, del Procedimiento Administrativo Común de las Administraciones Públicas.

Artículo 1. *Naturaleza y ámbito de aplicación.*

1. El Impuesto sobre las Transacciones Financieras es un tributo de naturaleza indirecta que grava las adquisiciones de acciones en los términos previstos en el artículo 2 de esta Ley.

2. El impuesto se aplicará con independencia del lugar donde se efectúe la adquisición y cualquiera que sea la residencia o el lugar de establecimiento de las personas o entidades que intervengan en la operación, sin perjuicio de los regímenes tributarios forales de concierto y convenio económico en vigor, respectivamente, en los Territorios Históricos del País Vasco y en la Comunidad Foral de Navarra.

Artículo 2. *Hecho Imponible.*

1. Estarán sujetas al impuesto las adquisiciones a título oneroso de acciones definidas en los términos del artículo 92 del texto refundido de la Ley de Sociedades de Capital, aprobado por Real Decreto Legislativo 1/2010, de 2 de julio, representativas del capital social de sociedades de nacionalidad española, cuando se cumplan las siguientes condiciones:

a) Que la sociedad tenga sus acciones admitidas a negociación en un mercado español, o de otro Estado de la Unión Europea, que tenga la consideración de regulado conforme a lo previsto en la Directiva 2014/65/UE del Parlamento Europeo y del Consejo, de 15 de mayo de 2014, relativa a los mercados de instrumentos financieros, o en un

mercado considerado equivalente de un tercer país según lo dispuesto en el artículo 25.4 de dicha Directiva.

b) Que el valor de capitalización bursátil de la sociedad sea, a 1 de diciembre del año anterior a la adquisición, superior a 1.000 millones de euros.

Las adquisiciones a que se refiere este apartado estarán sujetas al impuesto con independencia de que se ejecuten en un centro de negociación, tal como se define en el número 24 del apartado 1 del artículo 4 de la mencionada Directiva; en cualquier otro mercado o sistema de contratación; por un internalizador sistemático, tal como se encuentra definido en el artículo 331 del texto refundido de la Ley del Mercado de Valores, aprobado por el Real Decreto Legislativo 4/2015, de 23 de octubre; o mediante acuerdos directos entre los contratantes.

2. Asimismo quedan sujetas al impuesto:

a) Las adquisiciones onerosas de los valores negociables constituidos por certificados de depósito representativos de las acciones a que se refiere el apartado 1 de este artículo, cualquiera que sea el lugar de establecimiento de la entidad emisora de dichos valores.

No obstante, no estarán sujetas al impuesto las adquisiciones de acciones realizadas con la exclusiva finalidad de emisión de los valores a que se refiere el párrafo anterior. Tampoco estarán sujetas al impuesto las adquisiciones de los certificados de depósito a que se refiere esta letra a) realizadas a cambio de la entrega por el adquirente de las acciones que representen, ni las operaciones efectuadas para cancelar dichos certificados de depósito mediante la entrega a sus titulares de las acciones que representen.

b) Las adquisiciones de los valores a que se refiere el apartado 1 de este artículo y la letra a) de este apartado que deriven de la ejecución o liquidación de obligaciones o bonos convertibles o canjeables, de instrumentos financieros derivados, así como de cualquier instrumento financiero, o de los contratos financieros definidos en el cuarto párrafo del apartado 1 del artículo 2 de la Orden EHA/3537/2005, de 10 de noviembre, por la que se desarrolla el artículo 27.4 de la Ley 24/1988, de 28 de julio, del Mercado de Valores.

3. La relación de las sociedades españolas con un valor de capitalización bursátil a 1 de diciembre de cada año superior a 1.000 millones de euros se publicará antes del 31 de diciembre del mismo año en la Sede electrónica de la Agencia Estatal de Administración Tributaria.

Artículo 3. Exenciones.

1. Estarán exentas del impuesto las siguientes adquisiciones de acciones:

a) Las adquisiciones derivadas de la emisión de acciones.

Asimismo estarán exentas las adquisiciones derivadas de la emisión de los certificados de depósito a los que se refiere la letra a) del apartado 2 del artículo 2 de esta Ley representativos de acciones emitidas exclusivamente para crear dichos valores.

b) Las adquisiciones derivadas de una oferta pública de venta de acciones tal como se define en el artículo 35.1 del texto refundido de la Ley del Mercado de Valores, aprobado por el Real Decreto Legislativo 4/2015, de 23 de octubre, en su colocación inicial entre inversores.

c) Las adquisiciones previas a las citadas en las letras a) y b), realizadas con carácter instrumental por los colocadores y aseguradores contratados por los emisores u oferentes con el propósito de realizar la distribución última de esas acciones entre los inversores finales, así como las adquisiciones en cumplimiento de sus obligaciones como colocadores y, en particular, como aseguradores, en su caso, de esas operaciones.

d) Las adquisiciones que en el contexto de la admisión de acciones a bolsa realicen los intermediarios financieros encargados de la estabilización de precios en el marco de un encargo de estabilización conforme a las previsiones contenidas en el Reglamento (UE) 596/2014 del Parlamento Europeo y del Consejo, de 16 de abril de 2014, sobre el abuso de mercado y por el que se derogan la Directiva 2003/6/CE del Parlamento Europeo y del Consejo, y las Directivas 2003/124/CE, 2003/125/CE y 2004/72/CE de la Comisión.

e) Las adquisiciones derivadas de las operaciones de compra o de préstamo y demás operaciones realizadas por una entidad de contrapartida central o un depositario central de valores sobre los instrumentos financieros sujetos a este impuesto, en el ejercicio de sus respectivas funciones en el ámbito de la compensación o en el de la liquidación y registro de valores.

Se entienden comprendidas en esta letra las operaciones de novación propias de la entidad de contrapartida central así como las operaciones realizadas en el marco de una operación de recompra debida a un fallo en la liquidación, de conformidad con el Reglamento (UE) 909/2014 del Parlamento Europeo y del Consejo, de 23 de julio de 2014, sobre la mejora de la liquidación de valores en la Unión Europea y los depositarios centrales de valores y por el que se modifican las Directivas 98/26/CE y 2014/65/UE y el Reglamento (UE) 236/2012.

f) Las adquisiciones realizadas por intermediarios financieros por cuenta del emisor de las acciones en el ejercicio de sus funciones de proveedores de liquidez, en virtud de un contrato de liquidez que cumpla los requisitos exigidos por la Circular 1/2017, de 26 de abril, de la Comisión Nacional del Mercado de Valores, que tengan como único objetivo favorecer la liquidez de las operaciones y la regularidad de la cotización de sus acciones, en el ámbito de las prácticas de mercado aceptadas por la Comisión Nacional del Mercado de Valores en virtud de lo previsto en el Reglamento 596/2014 (UE) del Parlamento Europeo y del Consejo, de 16 de abril de 2014, sobre el abuso de mercado.

g) Las adquisiciones realizadas en el marco de las actividades de creación de mercado.

A estos efectos se considera como tales las actividades de una empresa de servicios de inversión, una entidad de crédito, o una entidad equivalente de un tercer país, que sean miembros de un centro de negociación o de un mercado de un tercer país cuyo marco jurídico y de supervisión la Comisión Europea haya declarado equivalente, si cualquiera de las citadas entidades actúa como intermediario por cuenta propia en relación con un instrumento financiero, negociado dentro o fuera de un centro de negociación, en cualquiera de las siguientes formas:

1.º Anunciando simultáneamente cotizaciones firmes de compra y venta de magnitud comparable y en condiciones competitivas, proporcionando así de forma regular y permanente liquidez al mercado.

2.º En el marco de su actividad habitual, ejecutando órdenes iniciadas por clientes o en respuesta a solicitudes de compraventa procedentes de clientes.

3.º Cubriendo las posiciones resultantes de la ejecución de las actividades a que se refieren los números 1.º y 2.º anteriores.

Esta exención será también de aplicación en los mismos términos previstos en esta letra cuando las adquisiciones tengan por objeto los valores a los que se refiere el primer párrafo de la letra a) del apartado 2 del artículo 2 de esta Ley.

h) Las adquisiciones de acciones entre entidades que formen parte del mismo grupo en los términos del artículo 42 del Código de Comercio.

i) Las adquisiciones a las que sea susceptible de aplicación el Régimen especial de las fusiones, escisiones, aportaciones de activos, canje de valores y cambio de domicilio social de una Sociedad Europea o una Sociedad Cooperativa Europea de un Estado miembro a otro de la Unión Europea regulado en el Capítulo VII del Título VII de la Ley 27/2014, de 27 de noviembre, del Impuesto sobre Sociedades.

Asimismo, las adquisiciones originadas por operaciones de fusión o escisión de instituciones de inversión colectiva o de compartimentos o subfondos de instituciones de inversión colectiva efectuadas al amparo de lo previsto en su correspondiente normativa reguladora.

j) Las operaciones de financiación de valores, mencionadas en el apartado 11 del artículo 3 del Reglamento (UE) 2015/2365 del Parlamento Europeo y del Consejo, de 25 de noviembre de 2015, sobre transparencia de las operaciones de financiación de valores y de reutilización y por el que se modifica el Reglamento (UE) 648/2012, así como las operaciones de colateral con cambio de titularidad como consecuencia de un acuerdo de garantía financiera con cambio de titularidad, tal como se define en el apartado 13 del artículo 3 del citado Reglamento.

k) Las adquisiciones derivadas de la aplicación de medidas de resolución adoptadas por la Junta Única de Resolución, o las autoridades nacionales de resolución competentes, en los términos previstos en el Reglamento (UE) 806/2014 del Parlamento Europeo y del Consejo, de 15 de julio de 2014, por el que se establecen normas uniformes y un procedimiento uniforme para la resolución de entidades de crédito y de determinadas empresas de servicios de inversión en el marco de un Mecanismo Único de Resolución y un Fondo Único de Resolución y se modifica el Reglamento (UE) 1093/2010, y en la Ley 11/2015, de 18 de junio, de recuperación y resolución de entidades de crédito y empresas de servicios de inversión.

l) Las adquisiciones de acciones propias, o de acciones de la sociedad dominante efectuadas por cualquier otra entidad que forme parte de su grupo en los términos del artículo 42 del Código de Comercio, realizadas en el marco de un programa de recompra que tenga como único propósito alguno de los objetivos siguientes:

- 1.º La reducción del capital del emisor.
- 2.º El cumplimiento de las obligaciones inherentes a los instrumentos financieros de deuda convertibles en acciones.
- 3.º El cumplimiento de las obligaciones derivadas de los programas de opciones de acciones u otras asignaciones de acciones para los empleados o los miembros de los órganos de administración o supervisión del emisor o de una entidad del grupo.

2. Para que el sujeto pasivo que actúe por cuenta de terceros aplique las exenciones establecidas en el apartado 1 de este artículo, el adquirente deberá comunicarle que concurren los supuestos de hecho que originan dicha aplicación y la siguiente información:

a) Respecto de las exenciones recogidas en las letras a), b) y c) del apartado 1, deberá identificar las correspondientes emisiones o la oferta pública de venta de acciones a la que se refiere.

b) Respecto de la exención recogida en la letra e) del apartado 1, la identificación de la entidad que realiza las operaciones de compensación, liquidación y registro de valores.

c) Respecto de la exención recogida en la letra f) del apartado 1, la identificación de la entidad que realiza las operaciones de proveedor de liquidez. Habrá que aportar asimismo el anuncio al mercado del contrato de liquidez.

d) Respecto de la exención recogida en la letra h) del apartado 1, la identificación del grupo de sociedades.

e) Respecto de la exención recogida en la letra i) del apartado 1, la identificación de las entidades afectadas por el proceso de reestructuración empresarial, o de las instituciones de inversión colectiva involucradas en la fusión o escisión, junto con la autorización de la operación por la correspondiente autoridad competente.

f) Respecto de la exención recogida en la letra j) del apartado 1, la identificación de las entidades intervinientes en la operación de financiación o en las operaciones de colateral con cambio de titularidad.

g) Respecto de la exención recogida en la letra k) del apartado 1, la identificación del acuerdo por el que se adoptan las medidas de resolución.

h) Respecto de la exención recogida en la letra l) del apartado 1, la identificación del programa de recompra en que se integran las operaciones.

Para la identificación de las entidades a las que se refiere este apartado, será exigible, en su caso, comunicar el Identificador de Entidad Jurídica (LEI, por sus siglas en inglés).

El sujeto pasivo y el adquirente deberán conservar a disposición de la Administración tributaria los justificantes que acrediten la realización y el contenido de la comunicación.

Artículo 4. *Devengo.*

El impuesto se devengará en el momento en que se efectúe la anotación registral de los valores a favor del adquirente en una cuenta o registro de valores, ya sea en una entidad que preste el servicio de custodia o en el sistema de un depositario central de

valores, derivada de la liquidación de la operación o del instrumento financiero que origine la adquisición de los valores.

Artículo 5. *Base imponible.*

1. La base imponible estará constituida por el importe de la contraprestación de las operaciones sujetas al impuesto, sin incluir los costes de transacción derivados de los precios de las infraestructuras de mercado, ni las comisiones por la intermediación, ni ningún otro gasto asociado a la operación.

En el caso en el que no se exprese el importe de la contraprestación, la base imponible será el valor correspondiente al cierre del mercado regulado más relevante por liquidez del valor en cuestión el último día de negociación anterior al de la operación. A estos efectos, el mercado más importante en términos de liquidez se determinará conforme al artículo 4 del Reglamento Delegado (UE) 2017/587 de la Comisión, de 14 de julio de 2016, por el que se completa el Reglamento (UE) 600/2014 del Parlamento Europeo y del Consejo, relativo a los mercados de instrumentos financieros, en lo que respecta a las normas técnicas de regulación relativas a los requisitos de transparencia aplicables a los centros de negociación y las empresas de servicios de inversión respecto de las acciones, los recibos de depositario, los fondos cotizados, los certificados y otros instrumentos financieros similares y a las obligaciones de realización de las operaciones respecto de ciertas acciones en un centro de negociación o por un internalizador sistemático.

2. No obstante lo dispuesto en el apartado 1 de este artículo, para la determinación de la base imponible se aplicarán las siguientes reglas especiales:

a) Cuando la adquisición de los valores sometidos al impuesto proceda de bonos u obligaciones convertibles o canjeables o de otros valores negociables que den lugar a dicha adquisición, la base imponible será el valor establecido en el documento de emisión de estos.

b) Cuando la adquisición proceda de la ejecución o liquidación de opciones o de otros instrumentos financieros derivados que otorguen un derecho a adquirir o transmitir los valores sometidos al impuesto, la base imponible será el precio de ejercicio fijado en el contrato.

c) Cuando la adquisición proceda de un instrumento derivado que constituya una transacción a plazo, la base imponible será el precio pactado, salvo que dicho derivado se negocie en un mercado regulado, en cuyo caso la base imponible será el precio de entrega al que deba realizarse dicha adquisición al vencimiento.

d) Cuando la adquisición proceda de la liquidación de un contrato financiero a que se refiere la letra b) del apartado 2 del artículo 2 de esta Ley, la base imponible se determinará conforme a lo previsto en el párrafo segundo del apartado 1 de este artículo.

Para que el sujeto pasivo que actúe por cuenta de terceros pueda aplicar las reglas especiales previstas en este apartado, el adquirente deberá comunicarle que concurren los supuestos de hecho que originan dicha aplicación, así como los elementos determinantes de la cuantificación de la base imponible que en cada caso procedan.

3. En el caso de que en un mismo día se efectúen adquisiciones y transmisiones de un mismo valor sujeto al impuesto, ordenadas o ejecutadas por el mismo sujeto pasivo, respecto de un mismo adquirente y que, además, se liquiden en la misma fecha, la base imponible respecto de dichas adquisiciones se calculará multiplicando la diferencia positiva que resulte de restar del número de valores adquiridos los transmitidos en el mismo día, por el cociente resultante de dividir la suma de las contraprestaciones de las referidas adquisiciones por el número de valores adquiridos. Para realizar dicho cálculo se excluirán las adquisiciones exentas previstas en el artículo 3 de esta Ley así como las transmisiones realizadas en el marco de aplicación de dichas exenciones.

Artículo 6. *Contribuyentes, sujetos pasivos y responsables.*

1. Es contribuyente del impuesto el adquirente de los valores a que se refiere el artículo 2 de esta Ley.

2. Es sujeto pasivo del impuesto, con independencia del lugar donde esté establecido:
- La empresa de servicios de inversión o entidad de crédito que realice la adquisición por cuenta propia.
 - En el caso de que la adquisición no se realice por una empresa de servicios de inversión o entidad de crédito que actúe por cuenta propia, serán sujetos pasivos como sustitutos del contribuyente:

1.º En el caso de que la adquisición se realice en un centro de negociación, el sujeto pasivo será el miembro del mercado que la ejecute. No obstante, cuando en la transmisión de la orden al miembro del mercado intervengan uno o más intermediarios financieros por cuenta del adquirente, el sujeto pasivo será el intermediario financiero que reciba la orden directamente del adquirente.

2.º Si la adquisición se ejecuta al margen de un centro de negociación, en el ámbito de la actividad de un internalizador sistemático, el sujeto pasivo será el propio internalizador sistemático. No obstante, cuando en la adquisición intervengan uno o más intermediarios financieros por cuenta del adquirente, el sujeto pasivo será el intermediario financiero que reciba la orden directamente del adquirente.

3.º Si la adquisición se realiza al margen de un centro de negociación y de la actividad de un internalizador sistemático, el sujeto pasivo será el intermediario financiero que reciba la orden del adquirente de los valores, o realice su entrega a este último en virtud de la ejecución o liquidación de un instrumento o contrato financiero.

4.º En el caso de que la adquisición se ejecute al margen de un centro de negociación y sin la intervención de ninguna de las personas o entidades a que se refieren los párrafos anteriores, el sujeto pasivo será la entidad que preste el servicio de depósito de los valores por cuenta del adquirente.

A estos efectos el adquirente deberá comunicar a la entidad que presta el servicio de depósito las circunstancias que determinan la obligación de ingresar el impuesto así como su cuantificación.

3. Será responsable solidario de la deuda tributaria el adquirente de los valores que haya comunicado al sujeto pasivo información errónea o inexacta determinante de la aplicación indebida de las exenciones previstas en el artículo 3 de esta Ley, o de una menor base imponible derivada de la aplicación incorrecta de las reglas especiales de determinación de la base imponible previstas en el apartado 2 del artículo 5 de esta Ley.

La responsabilidad alcanzará a la deuda tributaria correspondiente a la aplicación indebida o incorrecta de las exenciones o de las reglas especiales de determinación de la base imponible.

Asimismo, en el supuesto a que se refiere el número 4.º de la letra b) del apartado 2 de este artículo, será responsable solidario el adquirente de los valores que no hubiera realizado la comunicación a que se refiere el citado número 4.º, o la hubiera realizado de forma errónea o inexacta.

La responsabilidad alcanzará a la deuda tributaria derivada de la falta de comunicación o de la comunicación errónea o inexacta.

Artículo 7. *Tipo impositivo.*

El impuesto se exigirá al tipo impositivo del 0,2 por ciento.

Artículo 8. *Obligación de declaración e ingreso y obligaciones de documentación.*

1. Los sujetos pasivos deberán presentar autoliquidación e ingresar el importe de la deuda tributaria resultante con el contenido y en el lugar, forma y plazos que se establezca reglamentariamente.

2. En los términos y condiciones que se establezcan reglamentariamente, los sujetos pasivos presentarán la autoliquidación e ingresarán el importe de la deuda tributaria resultante a través de un depositario central de valores establecido en territorio español.

A estos efectos, los sujetos pasivos estarán obligados a comunicar al depositario central de valores toda la información que deba constar en la autoliquidación y a abonarle el importe de la deuda tributaria resultante, de forma directa o a través de las entidades participantes en aquel en caso de sujetos pasivos que no tuvieran tal condición.

El depositario central de valores presentará en nombre y por cuenta del sujeto pasivo una autoliquidación por cada sujeto pasivo e ingresará el importe de la deuda tributaria correspondiente al periodo de liquidación con el contenido y en el lugar, forma y plazo que se establezca reglamentariamente.

El procedimiento de presentación e ingreso de autoliquidaciones por este impuesto a que se refiere este apartado podrá extenderse a otros depositarios centrales de valores establecidos en otros Estados de la Unión Europea, o en terceros Estados que sean reconocidos para prestar servicios en la Unión Europea, mediante acuerdos de colaboración suscritos con un depositario central de valores establecido en territorio español.

3. El periodo de liquidación coincidirá con el mes natural.

La deuda tributaria correspondiente a este impuesto no podrá ser objeto de aplazamiento o fraccionamiento.

4. La presentación de autoliquidaciones y el ingreso de la deuda tributaria por el depositario central de valores en aplicación de lo dispuesto en el apartado 2 de este artículo no originará para este ni para sus entidades participantes responsabilidad tributaria específica por dicha presentación e ingreso.

5. El depositario central de valores establecido en territorio español, sus entidades participantes y los sujetos pasivos del impuesto, a los efectos de facilitar el control y la gestión del impuesto, deberán mantener a disposición de la Administración tributaria la documentación o los ficheros relativos a las operaciones sujetas al impuesto.

El depositario central de valores y sus entidades participantes solo podrán utilizar la información comunicada por el sujeto pasivo en aplicación de lo dispuesto en el apartado 2 de este artículo para dar cumplimiento a la obligación de presentar la autoliquidación y efectuar el ingreso a que se refiere dicho apartado. Dicha información deberá ser comunicada a la Administración tributaria en los casos previstos en la normativa tributaria.

Salvo lo dispuesto en el párrafo anterior, la referida información tiene carácter reservado. El depositario central de valores y sus entidades participantes quedan sujetos al más estricto y completo sigilo respecto de la misma.

Artículo 9. *Infracciones y sanciones.*

Las infracciones tributarias derivadas del incumplimiento de lo dispuesto en esta Ley y en su normativa de desarrollo se calificarán y sancionarán con arreglo a lo dispuesto en la Ley 58/2003, de 17 de diciembre, General Tributaria.

Disposición transitoria única. *Sociedades cuyas acciones se someten a gravamen el primer año de aplicación del impuesto.*

1. Durante el período comprendido entre la fecha de entrada en vigor de esta Ley y el 31 de diciembre siguiente, el requisito que figura en la letra b) del apartado 1 del artículo 2 de esta Ley se entenderá referido a aquellas sociedades españolas cuyo valor de capitalización bursátil un mes antes de la fecha de entrada en vigor de esta Ley sea superior a 1.000 millones de euros.

2. La relación de las citadas sociedades se publicará antes de la entrada en vigor de esta Ley en la Sede electrónica de la Agencia Estatal de Administración Tributaria.

Disposición final primera. *Título competencial.*

La presente Ley se dicta al amparo de la competencia exclusiva del Estado en materia de Hacienda General prevista en el artículo 149.1.14.^a de la Constitución Española.

Disposición final segunda. *Desarrollo normativo y ejecución.*

El Gobierno dictará cuantas disposiciones sean necesarias para el desarrollo y aplicación de esta Ley.

Disposición final tercera. *Modificación por la Ley de Presupuestos Generales del Estado.*

La Ley de Presupuestos Generales del Estado podrá modificar el tipo impositivo y las exenciones del impuesto.

Disposición final cuarta. *Adaptación del Concierto Económico con la Comunidad Autónoma del País Vasco y del Convenio Económico entre el Estado y la Comunidad Foral de Navarra.*

En el plazo de tres meses desde su publicación en el «Boletín Oficial del Estado» se reunirá la Comisión Mixta del Concierto Económico con el País Vasco y la Comisión del Convenio Económico con Navarra para acordar la correspondiente adaptación del Concierto Económico con la Comunidad Autónoma del País Vasco, aprobado por la Ley 12/2002, de 23 de mayo, conforme a lo establecido en su Disposición adicional segunda, y del Convenio Económico entre el Estado y la Comunidad Foral de Navarra, aprobado por la Ley 28/1990, de 26 de diciembre, conforme a lo establecido en su artículo 6.

Disposición final quinta. *Entrada en vigor.*

La presente Ley entrará en vigor a los tres meses de su publicación en el «Boletín Oficial del Estado».

Por tanto,
Mando a todos los españoles, particulares y autoridades, que guarden y hagan guardar esta ley.

Madrid, 15 de octubre de 2020.

FELIPE R.

El Presidente del Gobierno,
PEDRO SÁNCHEZ PÉREZ-CASTEJÓN